

Weihnachtspost 2009

Rechtsanwälte Kotz

Siegener Straße 104 ~ 57223 Kreuztal

Telefon: 02732/791079 ~ Telefax: 02732/791078

Homepage: <http://www.ra-kotz.de> ~ **E-Mail:** info@ra-kotz.de

Rundschreiben i.S.d. BGH-Urteil vom 15.03.2001 – Az. : I ZR 337/98 – vgl. hierzu: <http://www.ra-kotz.de/anwaltswerbung2.htm>

Wichtig: Trotz gewissenhafter Bearbeitung aller Beiträge kann eine Haftung für deren Inhalt leider nicht übernommen werden!

In der Weihnachtspost erläutern wir Ihnen:

- Neuregelungen im Erbrecht zum 01.01.2010 (Seite 1 f.)
- Wer haftet für Schäden durch Silvesterfeuerwerk? (Seite 3)
- Weihnachtsgeschenke tauschen ist dies möglich? (Seite 3 f.)
- Patientenverfügung – Änderungen zum 01.09.2009 (Seite 4)
- Widerrufsrecht bei Internetbestellungen und Selbstabholung? (Seite 4)
- Aktuelle Urteile (Seite 5 ff.)
- Kuriose Urteile und ähnliches (Seite 8 ff.)

Juristischer Spruch o.ä. zum Einstieg:

*„Es kann doch nicht sein, dass der Bürger, der sich gesetzesmäßig verhält,
sich wie ein Idiot vorkommen muss!“*

Prof. Dr. Roman Herzog, Bundespräsident a.D.

Neuregelungen im Erbrecht ab dem 01.01.2010:

Im Jahre 2008 wurden in Deutschland Vermögenswerte mit einem Wert in Höhe von 205 Milliarden Euro vererbt. Die erbrechtlichen Regelungen wurden nunmehr zum 01.10.2010 teilweise geändert (BT-Drucks. 16/8954). Die Änderungen gelten für alle Erbfälle, die ab dem 01.01.2010 eintreten, auch wenn sie an Sachverhalte anknüpfen, die bereits vor dem 01.01.2010 entstanden sind.

1. Pflichtteilsentziehung: Nach den gesetzlichen Regelungen bis zum 31.12.2009 kann einem Abkömmling der Pflichtteil entzogen werden, wenn er dem Erblasser oder seinem Ehegatten nach dem Leben trachtet oder gegenüber diesen eine vorsätzliche Misshandlung begeht, sich eines Verbrechens/schweren Vergehens gegenüber diesen schuldig macht oder einen ehrlosen oder unsittlichen Lebenswandel führt (vgl. § 2333 BGB). Nach den neuen gesetzlichen Regelungen ab dem 01.01.2010 kann einem Abkömmling der Pflichtteil entzogen werden, wenn

- er dem Erblasser oder seinem Ehegatten, Lebenspartner, Stiefkind oder Pflegekind nach dem Leben trachtet;
- er gegenüber den vorgenannten Personen eine vorsätzliche Misshandlung begeht;
- er seine gegenüber dem Erblasser bestehende gesetzliche Unterhaltspflicht böswillig verletzt;
- er wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens 1 Jahr ohne Bewährung rechtskräftig verurteilt wird und die Teilhabe des Abkömmlings am Nachlass deshalb für den Erblasser unzumutbar ist;

- er in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt wegen einer schwerwiegenden vorsätzlichen Tat untergebracht wird.

2. Schenkungen und Pflichtteilsergänzungsanspruch nach § 2325 BGB: Der Erblasser kann zu Lebzeiten sein Vermögen an Erben oder an Dritte verschenken. Mindert der Erblasser zu seinen Lebzeiten sein Vermögen durch Schenkungen, soll er mit diesen nicht die Pflichtteilsansprüche naher Angehöriger am Nachlass verringern oder vereiteln. Nach den gesetzlichen Regelungen bis zum 31.12.2009 kann der Pflichtteilsberechtigte über einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren verlangen, dass das verschenkte Vermögen in die Berechnung seines Pflichtteilsanspruchs in voller Höhe berücksichtigt wird. Nach den neuen gesetzlichen Regelungen zum 01.01.2010 wird die Schenkung innerhalb des 1. Jahres vor dem Erbfall in vollem Umfang, innerhalb jedes weiteren Jahres vor dem Erbfall um jeweils 1/10 verringert (1. Jahr 100 %, 2. Jahr 90 %, 3. Jahr 80 % usw.). Sind 10 Jahre nach der Schenkung vergangen, bleibt die Schenkung unberücksichtigt. Schenkungen an Ehegatten werden schlechter gestellt. Die 10-Jahresfrist beginnt für diese erst mit der Ehescheidung oder dem Tod des Ehegatten. Die vorgenannten Ausführungen gelten nicht für Immobilien, bei denen der Schenker ein Nutzungsrecht (z.B. Wohnrecht) behält.

3. Stundung bei Pflichtteilsauszahlungen: Pflichtteilsansprüche sind sofort fällig und durch die Erben entsprechend auszusahlen. Dies kann dazu führen, dass die Erben Notverkäufe tätigen müssen, um die Pflichtteilsansprüche bedienen zu können. Nach den gesetzlichen Regelungen bis zum 31.12.2009 ist Voraussetzung für eine Stundung der Auszahlungspflicht eine ungewöhnliche Härte. Den Stundungsantrag konnten nur Erben stellen, denen auch ein Pflichtteilsanspruch zusteht. Nach der gesetzlichen Neuregelung zum 01.01.2010 (vgl. § 2331 a BGB) können nunmehr alle Erben einen Stundungsantrag beim Nachlassgericht stellen und ihre Interessen sind hierbei angemessen zu berücksichtigen. Das Nachlassgericht kann die Stundung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt oder eine Ratenzahlung bewilligen.

4. Ausgleich für Pflegeleistungen: Nach den gesetzlichen Regelungen bis zum 31.12.2009 können Kinder die Pflegeleistungen für ihre Eltern erbracht haben, einen entsprechenden Ausgleichanspruch aus dem Erbe fordern. Hierzu musste die Pflege jedoch unter Verzicht auf ein berufliches Einkommen vorgenommen worden sein. Ab dem 01.01.2010 haben Kinder, Enkel oder Urenkel einen Anspruch auf den Ausgleich der von ihnen erbrachten Pflegeleistungen, unabhängig davon, ob sie ihren Beruf aufgegeben oder die Pflegeleistungen unter Verzicht auf ein berufliches Einkommen vorgenommen haben (vgl. § 2057a BGB). Es soll hierdurch die Doppelbelastung von Beruf und Pflegeleistung ausgeglichen werden. Diesbezüglich wird es in Zukunft unter den Erben sicherlich zu Auseinandersetzungen kommen. Man sollte sich daher die Pflegeleistungen durch den Erblasser bestätigen lassen oder den Erblasser bitten, dass die Pflegeleistungen im Testament entsprechend berücksichtigt werden.

5. Erbausschlagung: Nach den gesetzlichen Regelungen bis zum 31.12.2009 verliert ein Erbe seinen Pflichtteilsanspruch, wenn er das Erbe ausschlägt. Ist das Erbe mit Beschränkungen und Beschwerungen belastet (vgl. § 2306 BGB), so kann der Erbe ab dem 01.01.2010 dieses innerhalb von 6 Wochen nach

Kenntnis vom Erbfall gegenüber dem Nachlassgericht ausschlagen und erhält nunmehr trotzdem seinen gesetzlichen Pflichtteil am Erbe.

6. Verkürzung der Verjährungsfristen: Zum 01.01.2010 wird im Erbrecht nunmehr ebenfalls die generelle Regelverjährungsfrist von 3 Jahren (bis auf wenige Ausnahmen z.B.: bei dem Herausgabeanspruch gegen den Erbschaftsbesitzer oder den Vorerben, hier verbleibt es bei der Verjährungsfrist von 30 Jahren) eingeführt.

Wer haftet für Schäden beim Silvesterfeuerwerk?

Das Abbrennen von Feuerwerkskörpern kann zu einem hohen Sach- und Personenschäden führen. In der Silvesternacht sind die Anforderungen an die Verkehrssicherungspflicht beim Abbrennen von Feuerwerkskörpern herabgesetzt. Der Verkehrssicherungspflichtige hat diejenigen Vorkehrungen zu treffen, die ein vernünftiger Durchschnittsbürger treffen würde (z.B. Beachtung der Gebrauchsanweisung, Einhaltung der vorgeschriebenen Sicherheitsvorkehrungen, Auswahl einer ungefährlichen Abbrennstelle etc.).

Feuerwerk der Klasse II darf in der Regel am 31.12. eines Jahres ab 18.00 Uhr bis zum 01.01. um 2.00 Uhr des Folgetages gezündet werden. Auf diesen Brauch richten sich die übrigen Mitbürger ein. Es müssen daher keine besonderen Vorkehrungen zum Schutz der Feuerwerkszuschauer vor den üblichen Gefährdungen eines Feuerwerks getroffen werden. Beim Abbrennen von Feuerwerkskörpern muss ein Platz gewählt werden, von dem aus fehlgehende Raketen oder Feuerwerkskörper aller Voraussicht nach keinen nennenswerten Schaden anrichten können (vgl. BGH, Az.: VI ZR 71/84, Urteil vom 09.07.1985). Ein Nachbar kann einem anderen Nachbarn das Abbrennen eines Silvesterfeuerwerks auch nicht untersagen (vgl. BGH, Az.: V ZR 75/08, Urteil vom 18.09.2009).

Wird das eigene Fahrzeug durch Feuerwerkskörper beschädigt, so tritt hierfür die eigene Kaskoversicherung bzw. der jeweilige Schädiger ein. Verursacht man durch Feuerwerkskörper Sach- oder Personenschäden, so werden diese von der eigenen Privathaftpflichtversicherung getragen. Verursachen die eigenen Kinder durch Feuerwerkskörper Sach- oder Personenschäden, so werden diese ebenfalls durch die Privathaftpflichtversicherung getragen. Entsteht durch einen hereinfliegenden Feuerwerkskörper innerhalb der Wohnung ein Schaden, so trägt diesen die Hausratsversicherung.

Weihnachtsgeschenke tauschen ist dies möglich?

Es kommt darauf an, wo man die Geschenke gekauft hat. Hat man die Geschenke in einem **Ladenlokal** vor Ort gekauft, so kann man die Geschenke nicht einfach umtauschen bzw. zurückgeben. Viele Händler gewähren jedoch aus Kulanz einen Umtausch. Hierauf hat man jedoch keinen gesetzlichen Anspruch! Wurden die Weihnachtsgeschenke vom Verbraucher in einem **Internetshop**, per **Telefon**, per **Telefax** oder im **Versandhandel** gekauft (sog. Fernabsatzvertrag), so können die Verträge innerhalb von 2 Wochen ab Erhalt der Ware widerrufen werden. Hat man die Weihnachtsgeschenke über das Internetauktionshaus **eBay** gekauft, so können die Verträge innerhalb von 1 Monat widerrufen werden. **Wer trägt die Rücksendekosten bei Fernabsatzverträgen?** Die Kosten der Rücksendung muss der Verbraucher tra-

gen, wenn die gelieferte Ware der bestellten entspricht und wenn der Preis der zurückzusendenden Ware einen Betrag von 40,00 € nicht übersteigt. In allen anderen Fällen muss der Verkäufer die Rücksendekosten tragen. Die Gefahr des zufälligen Untergangs (z.B. Diebstahl oder Zerstörung) der Ware trägt der Verkäufer. **Mangelhafte Ware – Welche Rechte hat man?** Einem Verbraucher steht bei dem Kauf von Neuware eine Gewährleistungszeit von 24 Monaten und bei Gebrauchtware von 12 Monaten - ab Erhalt der Ware - zu. Die Gewährleistung kann nur bei Kaufverträgen zwischen zwei Verbrauchern ausgeschlossen werden (z.B. Privatverkauf über das Internetauktionenhaus eBay). Ist die erhaltene Ware mangelhaft, so muss man als Käufer vom Verkäufer „Nacherfüllung“ verlangen. Der Verkäufer kann die Ware reparieren oder austauschen. Die im Rahmen der Nacherfüllung anfallenden Kosten hat der Verkäufer zu tragen. Schlägt die Nacherfüllung fehl, so kann der Käufer vom Kaufvertrag zurücktreten, oder den Kaufpreis mindern.

Patientenverfügung – Änderungen zum 01.09.2009:

Am 01.09.2009 ist das Dritte Gesetz zur Änderung des Betreuungsrechts in Kraft getreten. Seit diesem Datum ist der Wille des Patientenverfügungsausstellers stets zu beachten und der/die behandelnde/n Arzt bzw. Ärzte müssen eine bestehende Patientenverfügung bei der Behandlung - unabhängig von der Art und des Stadiums einer Erkrankung - berücksichtigen.

Nicht nur Ärzte sind an die Vorgaben in einer Patientenverfügung gebunden, sondern auch alle übrigen Beteiligten, wie Betreuer, Angehörige und das Betreuungsgericht.

In einer Patientenverfügung kann nunmehr verbindlich festgelegt werden, dass bei bestimmten Erkrankungen ein Behandlungsabbruch erfolgen soll, der unter Umständen zum Tode führen kann. Ein Verlangen nach aktiver Tötung/aktiver Sterbehilfe innerhalb einer Patientenverfügung ist jedoch - nach wie vor - unwirksam.

Patientenverfügungen die vor dem 01.09.2009 erstellt wurden sind weiterhin gültig. Bei Unklarheiten muss jedoch nach dem mutmaßlichen Willen des Ausstellers geforscht werden. Alte Patientenverfügungen, die vor dem 01.09.2009 errichtet worden sind, sollten daher sicherheitshalber erneuert werden. Voraussetzungen einer wirksamen Patientenverfügung sind nach neuem Recht:

1. Volljährigkeit des Ausstellers
2. Schriftform – Sie müssen vom Aussteller eigenhändig durch Namensunterschrift oder durch ein notariell beglaubigtes Handzeichen unterzeichnet sein (eine Unterschriftsbeglaubigung oder notarielle Beurkundung der Patientenverfügung ist dagegen nicht vorgeschrieben).
3. Der Aussteller muss innerhalb der Patientenverfügung seine Einwilligung oder Nichteinwilligung in bestimmte ärztliche Behandlungen zum Ausdruck bringen.

Ohne eine Patientenverfügung oder für den Fall, dass eine Patientenverfügung nicht eindeutig ist, sind die mutmaßlichen Behandlungswünsche des Betroffenen zu erforschen. Bei der Ermittlung und Auslegung der Behandlungswünsche sind die Angehörigen sowie die behandelnden Ärzten und/oder Vertrauenspersonen des Betroffenen zu beteiligen. Gemeinsam sollen die mutmaßlichen Behandlungswünsche des Betroffenen geklärt werden. Schwerwiegende Eingriffe, die einen schweren Gesundheitsschaden oder den Tod hervorrufen können, bedürfen jedoch grundsätzlich der Genehmigung durch das Betreuungsgericht. Im Zusammenhang mit einer Patientenverfügung sollte auch eine Vorsorgevollmacht errichtet werden.

Widerrufsrecht bei Internetbestellungen und Selbstabholung?

Ja! Auch Verbrauchern die Ware in einem Onlineshop oder über das Internetauktionenhaus eBay online kaufen und dann beim gewerblichen Verkäufer persönlich abholen, muss ein Widerrufsrecht gewährt werden. Ein Widerrufsrecht nach § 355 BGB steht einem Verbraucher zu, wenn er einen Fernabsatzver-

trag geschlossen hat. Insoweit führt § 312b Abs. 1 Satz 1 BGB aus, dass ein Fernabsatzvertrag bereits dann vorliegt, wenn der Vertragsschluss zwischen Unternehmer und Verbraucher unter ausschließlicher Verwendung von Fernkommunikationsmitteln geschlossen wird. Dies ist bei dem Internetauktionshaus eBay sowohl bei „Höchstpreisauktionen“ als auch in den Fällen des „Sofort-Kaufs“ der Fall. Der Vertragsschluss kommt hier durch Zeitablauf bzw. durch einen „Mausklick“ zustande. Bei Bestellungen in einem Onlineshop kommt der Vertragsschluss mit der Vertragsannahme (z.B. per Email) durch den Verkäufer zustande. Mithin steht den jeweiligen Verbrauchern auch in den Fällen der Selbstabholung ein Widerrufsrecht nach §§ 355, 312b BGB zu.

Aktuelle Urteile:

1. Hinweispflichten bei Gewinnspielen im Fernsehen

Bei Gewinnspielen (im Fernsehen) muss der Verbraucher Gelegenheit haben, sich vor seiner Teilnahmebehandlung umfassend über die Teilnahmebedingungen zu informieren. Unerwartete Beschränkungen oder sonstige überraschende Teilnahmebedingungen müssen stets schon unmittelbar in der Werbung offenbart werden. Ist die Teilnahme des Verbrauchers an einem Gewinnspiel noch nicht ohne Weiteres – etwa aufgrund der Angabe einer Rufnummer – möglich, kann es in der Fernsehwerbung genügen, für die Teilnahmebedingungen auf eine Internetseite oder im Handel erhältliche Teilnahmekarten zu verweisen; der Hinweis muss jedoch so gestaltet sein, dass er vom Verbraucher ohne Schwierigkeiten erfasst werden kann (BGH, Urteil vom 09.07.2009, Az.: I ZR 64/07).

2. Schadensersatz – wenn ein Arbeitgeber einen Mitarbeiter aus dem Betrieb mobben will

Versucht ein Arbeitgeber oder ein Vorgesetzter einen Arbeitnehmer per Mobbing dazu zu bewegen, das Arbeitsverhältnis selbst zu kündigen, so kann dies für den Arbeitgeber sehr teuer werden. Aufgrund des Mobblings verletzt der Arbeitgeber seine Treue- und Fürsorgepflicht und zudem das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Arbeitnehmers. Im vorliegenden Fall fielen Sätze wie: *„Frauen meckern nur und sind alle niederträchtig und boshaft, so wie Sie.“*. Aufgrund seiner Handlungen muss der Arbeitgeber ein Schmerzensgeld in Höhe von 30.000 Euro sowie Schadensersatz für alle sonstigen privaten und gesundheitlichen Folgen des Mobblings an die Arbeitnehmerin zahlen (ArbG Cottbus, Urteil vom 08.07.2009, Az.: 7 Ca 1960/08.)

3. Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung – verspätete Vorlage kann zur Kündigung führen!

Muss ein Arbeitnehmer seine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen bereits am ersten Krankheitstag seinem Arbeitgeber vorlegen, so rechtfertigt die nicht fristgerechte Vorlage eine Abmahnung. Im Wiederholungsfalle kann der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis fristgerecht kündigen (LAG Schleswig-Holstein, Urteil vom 13.10.2009, Az.: 2 Sa 130/09).

4. Arbeitgeberkritik im Kollegenkreis – fristlose Kündigung?

Kritische Äußerungen eines Arbeitnehmers über seinen Arbeitgeber in persönlichen Gesprächen mit Kollegen sind durch das Recht auf Privatsphäre geschützt, wenn der Arbeitnehmer davon ausgehen konnte,

dass seine Äußerungen vertraulich bleiben (LAG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 08.09.2009, Az.: 1 Sa 230/09). Der Arbeitgeber kann dem Arbeitnehmer mithin aufgrund seiner Äußerungen nicht fristlos kündigen.

5. Dauervideoüberwachung auf Autobahnen verfassungswidrig

Die Dauervideoüberwachung einer Autobahn zur Feststellung von Geschwindigkeitsverstößen oder Abstandsunterschreitungen von Kraftfahrzeugführern ist verfassungswidrig, da sie schwerwiegend in das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Kraftfahrzeugführer eingreift und eine gesetzliche Grundlage zur Videodatenerhebung fehlt (OLG Oldenburg, Beschluss vom 27.11.2009, Az.: Ss Bs 186/09). Das OLG Oldenburg hat zudem festgestellt, dass ein Beweisverwertungsverbot hinsichtlich der durch die Videoaufzeichnung gewonnenen Daten besteht. Bußgeldverfahren oder Gerichtsverfahren bei denen die Geschwindigkeitsverstöße oder Abstandsunterschreitungen mittels Videoaufzeichnung festgestellt worden sind, müssen somit eingestellt werden.

6. PoliScanSpeed-Messverfahren – Geschwindigkeitsmessung - Freispruch

Das zur Zeit verwendete PoliScan-Messsystem genügt nicht dem Stand der Technik für ein standardisiertes Messverfahren, da bei diesem ein überprüfbarer Beweis der richtigen Messwertgewinnung zur Zeit nicht möglich ist und es keine zuverlässige, nachträgliche Richtigkeitskontrolle der gewonnenen Messwerte sowie der Zuordnung der abgelichteten Fahrzeuge zulässt. Jeder Kraftfahrer hat einen verfassungsrechtlich gesicherten Anspruch darauf, dass eine nachträgliche Richtigkeitskontrolle der ihm zur Last gelegten Geschwindigkeitsübertretung erfolgt (AG Dillenburg, Beschluss vom 02.10.2009, Az.: 3 OWi Js 54432/09).

7. Flugverspätungen – Schadensersatzansprüche der Fluggäste

Fluggäste können bei Flugverspätungen von über 3 Stunden (Ankunft am Endziel) sowie bei Flugannullierungen Schadensersatzansprüche nach der Gemeinschaftsverordnung über Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste (Nr. 261/2004 EWG) gegenüber der Fluggesellschaft geltend machen (EuGH, Urteil vom 19.11.2009, Az.: C-402/07 und C-432/07). Dies gilt lediglich dann nicht, wenn die Verspätung oder Annullierung auf außergewöhnlichen Umständen beruht.

8. Nichtverfügbarkeit eines Hotels wegen Überbuchung – Reisepreisminderung in Höhe von 10 %

Teilt der Reiseanbieter dem Reisenden vor Reiseantritt nicht mit, dass das gebuchte Hotel wegen Überbuchung nicht verfügbar ist, so begründet diese Informationspflichtverletzung bereits eine Reisepreisminderung um 10 %. Ist zudem eine überdurchschnittliche und gehobene Verpflegung nach dem Reisevertrag geschuldet und ist die erfolgte Verpflegung lediglich unterdurchschnittlich, so stellt dies einen erheblichen Reisemangel dar, welcher zu einer weiteren Reisepreisminderung in Höhe von 15 % berechtigt (Landgericht Köln, Urteil vom 26.10.2009, Az.: 23 O 435/08).

9. Gegen Kaufhausglastüre gelaufen – Schmerzensgeldanspruch?

Nein! Ein Kaufhausbesucher muss im Eingangsbereich eines Kaufhauses damit rechnen, dass der Zugang zum Kaufhaus mit Türen versehen ist. Sind diese Türen zudem mit Aufklebern und Metallgriffen verse-

hen, trifft den Kaufhausinhaber kein Verschulden, wenn ein Besucher gegen eine Glaseingangstüre läuft und sich dabei verletzt (AG München, Urteil vom 26.03.2009, Az.: 172 C 1190/09). Durch die Verwendung von Glaseingangstüren mit Metallgriffen nebst Aufklebern verstößt der Kaufhausinhaber auch nicht gegen die ihm obliegende Verkehrssicherungspflicht.

10. Urlaubsbescheinigung – Arbeitgeber muss diese ausstellen

Auf Verlangen des Arbeitnehmers muss der Arbeitgeber diesem eine Urlaubsbescheinigung über den gewährten und/oder abgeholten Urlaub ausstellen (Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz, Beschluss vom 14.08.2009, Az.: 9 Ta 180/09).

11. Ehrverletzende Kündigungsgründe – Abfindungsanspruch

Behauptet ein Arbeitgeber ehrverletzende und völlig haltlose Kündigungsgründe, so kann der Arbeitnehmer im Rahmen einer gerichtlichen Auseinandersetzung beantragen, dass das Arbeitsverhältnis gegen Zahlung einer Abfindung aufgehoben wird, da es ihm nicht mehr zumutbar ist, das Arbeitsverhältnis fortzusetzen (LAG Schleswig-Holstein, Urteil vom 15.09.2009, Az.: 2 Sa 105/09).

12. Gesetzlicher Mindesturlaub ist unverfallbar - Tarifurlaub ist dagegen verfallbar

Nach der neuen Rechtsprechung des EuGH, dem das Bundesarbeitsgericht folgt, ist der gesetzliche Mindesturlaub z.B. im Krankheitsfall unverfallbar. Nach einer Entscheidung des Arbeitsgerichts Berlin gilt die Unverfallbarkeit jedoch nicht für tariflichen und gesetzlichen Sonderurlaub (ArbG Berlin, Urteil vom 22.04.2009, Az.: 56 Ca 21280/08).

13. Verkehrsunfall – Geschädigter kann bei fiktiver Schadensabrechnung die Stundenverrechnungssätze einer markengebundenen Fachwerkstatt fordern

Nach einem Verkehrsunfall kann ein Geschädigter sein Fahrzeug z.B. selbst oder gar nicht reparieren und gegenüber dem Schädiger bzw. dessen Versicherung fiktiv abrechnen. Bei dieser fiktiven Schadensabrechnung kann er die Stundenverrechnungssätze und Materialkosten einer markengebundenen Fachwerkstatt ohne MwSt. vom Schädiger bzw. von dessen Versicherung fordern. Will der Schädiger bzw. dessen Versicherung den Geschädigten auf eine Reparatur in einer freien Werkstatt verweisen bzw. nur die Stundenverrechnungssätze der freien Werkstatt zahlen, so muss er beweisen, dass eine Reparatur in dieser freien Werkstatt dem Qualitätsstandard einer Reparatur in einer markengebundenen Fachwerkstatt entspricht (BGH, Urteil vom 20.10.2009, Az.: VI ZR 53/09). Bei bis zu 3 Jahre alten Fahrzeugen oder Fahrzeugen, die immer in einer markengebundenen Fachwerkstatt repariert wurden, ist ein Verweis auf eine Reparatur in einer freien Werkstatt im übrigen unzumutbar.

14. Getönte Folien auf den vorderen Seitenscheiben sind verboten

Ein Fahrzeughalter darf trotz TÜV-Genehmigung die vorderen Seitenscheiben seines Fahrzeugs nicht mit dunklen Folien abdunkeln, da nach der StVO die vorderen Scheiben klar, lichtdurchlässig und verzerrungsfrei sein müssen (VG Göttingen, Az.: 1 A 322/07).

15. Gebrauchtwagengarantie und Abhängigkeit von Inspektionen

Macht ein Gebrauchtwagenverkäufer in seinen Verträgen/Garantiebedingungen eine Gebrauchtwagen-garantie davon abhängig, dass die vorgeschriebenen Wartungs- und Pflegearbeiten bei ihm oder einem Dritt-unternehmen durchgeführt werden müssen, so ist diese Vertragsklausel/Garantiebedingung nach § 307 Abs. 1 BGB unwirksam (BGH, Urteil vom 14.10.1009, Az.: VIII ZR 354/08). Der Garantiegeber kann auch nicht verlangen, dass eine Reparaturrechnung vom Fahrzeugbesitzer vorgelegt wird, bevor er ein-tritt.

Kuriose Urteile:

1. Trickreicher Raser

OLG Köln, Beschluss vom 15.9.1998, Az.: Ss 395/98

Nicht der Fußball ist der größte Volkssport der Deutschen. Unangefochtener Spitzenreiter ist die Massen-sportart, dem Staat mit einem cleveren Trick ein „Schnippchen zu schlagen“. Der Phantasie sind kaum Grenzen gesetzt. Auch die Bußgelder im Straßenverkehr treiben manchen Autofahrer zu sportlichen Höchstleistungen an. Allerdings kann man sich im Eifer des Gefechts auch leicht ein Eigentor schießen.

Sachverhalt: Herr A war in der 30 km/h-Zone „geblitzt“ worden. Das Foto war, zu seinem Leidwesen, gestochen scharf. Es gab für ihn nur einen Ausweg um dem drohenden Fahrverbot zu entgehen, er musste das Gericht davon überzeugen, dass er von einer 50 km/h-Zone ausgegangen war. So beauftragte er eine Grafik-/Designfirma mit der Anfertigung von Folien, die in Größe und Aussehen exakt den 30 km/h-Schildern entsprachen, aber die Aufschrift „50“ trugen. Diese Folien klebte er in einer Nacht- und Nebel-aktion über sämtliche Schilder im Wohnbereich. Die angefertigten Beweisfotos sollten das Gericht von seiner Unschuld überzeugen. Keine schlechte Idee, könnte man meinen. Das Verhängnis des Herrn A waren letztlich die überraschten Anwohner. Diese beschwerten sich bei der Gemeindeverwaltung, warum man aus einer 30 km/h-Zone plötzlich wieder eine 50 km/h-Zone gemacht habe. Als die Mitarbeiter des lokalen Bauhofs verwirrt ausrückten, um die Schilder wieder zu ersetzen, wurde die Täuschung erkannt und Herr A wurde neben dem Geschwindigkeitsverstoß auch noch strafrechtlich belangt.

2. Rasen für Notdurftgeplagte?

OLG Zweibrücken, Beschluss vom 19.12.1996, Az.: 1 Ss 291/96

Es gibt Situationen, in denen auch ein sonst besonnener Autofahrer zum Raser wird, wenn ihn heftige Bedürfnisse quälen. So geschehen auf einer Autobahn in Rheinland-Pfalz.

Sachverhalt: A verspürte plötzlich einen heftigen Stuhldrang und steuerte mit einer Geschwindigkeits-überschreitung von mehr als 50 km/h den nächsten Parkplatz an. A brachte im anschließenden Bußgeld-verfahren vor, dass ein Fall von „höherer Gewalt“ vorgelegen habe. Die Bußgeldbehörde hatte für die Not des A jedoch kein Verständnis und verhängte neben einer Geldbuße auch noch ein Fahrverbot. Daher musste die Angelegenheit vor Gericht geklärt werden.

Entscheidungsgründe: Der Richter in der ersten Instanz kannte keine Gnade. Er entschied, A habe eher in die „Hose machen müssen“ als die Geschwindigkeit zu überschreiten. Für das Pfälzische Oberlandes-

gericht Zweibrücken war dies nun doch eine „überspannte Anforderung“. Eine zutreffende juristische Sicht erfordere eine Abwägung zwischen dem Schamgefühl als Ausdruck der Würde des Fahrers einerseits und der Sicherheit des Straßenverkehrs andererseits. A hätte nach Ansicht der Richter problemlos (!) auf dem Seitenstreifen der Autobahn anhalten können, „um sich dort - hinter seinem Pkw vor zudringlichen Blicken geschützt - seiner Notdurft zu entledigen“. Um zu klären, ob die Voraussetzungen des geschützten und nicht unwürdigen Verrichtens der Notdurft hinter dem Pkw auf der Autobahn im vorliegenden Fall gegeben waren, wurde die Sache an das Amtsgericht zurückverwiesen. Über den Ausgang ist jedoch nichts bekannt. Wir fragen uns wie der Prozess wohl weiterging. Vielleicht gab es einen Ortstermin (im wahrsten Sinne des Wortes) auf dem Seitenstreifen des Autobahnabschnitts, um den Sachverhalt zu klären.....

Fazit: Liebe Autofahrer, seien Sie nicht erbost, wenn Ihnen ein solcher Anblick begegnet. Sie wissen nun: Im Rechtssinne gibt es manchmal keine andere Wahl...

Übrigens: In den USA wird das Problem anders gelöst: Ein Straßenschild besagt in einigen Bundesstaaten z.B.: Die Höchstgeschwindigkeit beträgt 40 Meilen - drei Dollar Strafe für jede weitere Meile. **Wählen Sie die Geschwindigkeit, die Sie sich leisten können!**

3. Der Wadenkrampf auf der Autobahn **Amtsgericht Hildesheim, Az.: 21 C 49/98**

Sachverhalt: Eine Autofahrerin hatte während einer Autofahrt einen Wadenkrampf bekommen und blieb auf der Überholspur stehen. Ein nachfolgendes Auto konnte gerade noch ausweichen, ein zweites fuhr auf den Wagen auf. Von diesem Fahrer verlangte die Frau nunmehr vollen Schadenersatz für ihr beschädigtes Fahrzeug.

Entscheidungsgründe: Das Amtsgericht hatte nur wenig Verständnis und sprach ihr lediglich 25 % zu. Fahrzeugführer, die beim Autofahren einen Wadenkrampf bekommen, dürfen nicht auf der Fahrbahn stehen bleiben, sondern müssen ihr Fahrzeug aus dem unmittelbaren Gefahrenbereich fahren.

4. Haftpflichtschaden durch Hund, der ein Gebiss im Garten vergräbt? **LG Hannover, Urteil vom 22.3.2005 - NJW-RR 2005, 1391**

Sachverhalt: Ein Gebiss, dass von einem Hund vom Nachttisch „entwendet“ und im Garten vergraben und in einem Zeitraum von 1 ½ Jahren nicht wieder gefunden wurde, ist im Sinne der Haftpflichtversicherung vernichtet und nicht entwendet. Der Kläger hat die Beklagte als Haftpflichtversicherung auf Deckungsschutz in Anspruch genommen mit der Behauptung, sein Hund habe den Zahnersatz seines Bruders vom Nachttisch entwendet und im Garten vergraben. Dieser sei nunmehr nach 1 ½ Jahren immer noch nicht aufgefunden worden. Die Parteien haben darüber gestritten, ob die Wegnahme des Gebisses durch den Hund des Klägers ein Entwenden oder aber eine Beschädigung oder Vernichtung von Sachen darstellt, wobei nur letzteres gem. § 1 AHB Versicherungsschutz genießt.

Entscheidungsgründe: Das Gericht stellte fest, dass sich aus dem Schreiben des Bruders an die Versicherung ergeben hat, dass der Hund den Zahnersatz in seinem Maul getragen hatte. Da der Zahnersatz

nicht wieder aufgetaucht ist, sei von einer Zerstörung des Gebisses auszugehen. Es spricht zum einen die allgemeine Lebenserfahrung dafür, dass ein Hund mit einem Zahngebiss im Maul nicht derart vorsichtig umgeht, dass dieses unbeschädigt bleibt. Zum andern besteht auch dann Versicherungsschutz, wenn eine zuvor abhanden gekommene Sache danach zerstört wird. Auf Grund der Witterungseinflüsse ist nach einem Zeitraum von eineinhalb Jahren von einer Zerstörung des Gebisses auszugehen.

5. Ungesühnte Wildsauattacke **OLG Celle, Az.: 9 U 12/03**

Sachverhalt: Eine Bache (= weibliches Wildschwein) raste im Herbst durch die geschlossene Terrassentür einer Frau und sprang zu dieser aufs Sofa. Anschließend verwüstete das Tier mehrere Räume und verletzte die Frau, welche den Jagdpächter sodann auf Schmerzensgeld und Schadensersatz verklagte.

Entscheidungsgründe: Das OLG Celle wies die Klage in letzter Instanz ab. Es sei nicht erkennbar, welche Vorkehrungen der Jagdpächter in seinem Revier hätte treffen können, um ein „Entwischen“ des Tieres aus dem Wald zu verhindern.

6. Teurer Protest einer Tierschützerin

Sachverhalt: Eine Tierschützerin protestierte mit nacktem Busen und einem Fuchspelz im Arm vor einem Münchner Pelzgeschäft. Sie begründete ihre Aktion damit, dass das Tragen von Pelzen für sie Mord sei und sie auch in Bayern das Bewusstsein für das Recht der Tiere auf ihr Leben weiterentwickeln wolle.

Ihr Fehler: Sie hatte die Demonstration jedoch nicht angemeldet. Das Amtsgericht München verurteilte sie daher zu einer Geldstrafe in Höhe von 600,00 €

Fazit: Auch Tierschützer müssen Demonstrationen anmelden.

7. Eine Tapete wird 20... **Landgericht München I, Aktenzeichen 31 S 12112/96**

Sachverhalt: Ein Mieter war laut Mietvertrag verpflichtet, notwendig werdende Schönheitsreparaturen ausführen zu lassen. Über die Frage, WANN denn dies zu erfolgen habe, sagte der Mietvertrag jedoch nichts, es gab sodann diesbezüglich natürlich Streit zwischen dem Mieter und dem Vermieter.

Entscheidungsgründe: Das Landgericht stellte fest, dass der Renovierungszeitpunkt erreicht sei, wenn ohne Renovierung die Wohnung selbst, bzw. die Bausubstanz in Mitleidenschaft gezogen würde. Diese Gefahr ergebe sich aber nicht allein aus der Tatsache, dass der Mieter seit 20 Jahren (!) nicht mehr habe streichen oder tapezieren lassen. Der Mieter müsse einen Zustand erhalten, der den Gebrauch der Wohnung ermögliche. Die konkrete Gestaltung obliege aber seiner Entscheidungsfreiheit. Solange die Tapete nicht verschlissen oder vergilbt sei, könne der Mieter selbst entscheiden, ob und wann er sich von der Tapete trenne.

Fazit: Lieb gewonnene Blümchenmustertapeten MÜSSEN daher nicht entfernt werden....

*Ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das Jahr 2010
wünschen Ihnen die Rechtsanwälte Hotz nebst Kanzlei-Team!*